

# Fact-Sheet: Datenschutz und Bürgerrechte



**Wir brauchen ein liberales Europa, weil Bürgerrechte und Datenschutz gestärkt und in sicheren Händen bleiben müssen.**

## **Datenschutz**

Für die FDP sind die Themen Datenschutz und Bürgerrechte zwei zentrale Anliegen für die Realisierung ihrer Idee von Freiheit. Aber erst die Affäre um das Ausspionieren deutscher Daten durch die USA (NSA-Affäre) hat beide Themen wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt.

Dabei sollten wir uns von einem nicht täuschen lassen – die USA sind mit Sicherheit nicht die einzigen, die versuchen, deutsche oder europäische Bürgerinnen, Bürger und Firmen auszuspionieren. Sie sind nur die einzigen, die sich dabei erwischen ließen. Das Wissen um den Wert von Informationen und die Versuche, möglichst viel Wissen über andere zu erlangen, dürfte bei Ländern wie Russland, China oder aber auch den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht minder groß sein.

Vor dem Hintergrund ist Datenschutz kein Thema, das ausschließlich national geregelt werden kann. Grundvoraussetzungen für einen wirksamen Datenschutz sind Alternativen im Bereich von Hardware und Software. Solange die Rechner vorwiegend in den USA und Asien hergestellt, die Softwaresysteme ausschließlich in den USA entwickelt werden und auch dort ein Großteil der Server steht, über welche unsere Daten via Facebook, Google und Co verarbeitet werden, ist ein alternativer Datenschutz nur auf dem Verhandlungsweg, durch freiwillige Vereinbarungen, herstellbar. Daher setzt sich die FDP dafür ein, dass europäische Forschungsmittel gezielt für den Bereich der Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden. Ziel sollte ein netztechnisch weitestgehend unabhängiges Europa sein, um die Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern zu verringern.

Um mit unseren amerikanischen Partnern schnellstmöglich ein **Datenschutzabkommen** zu erreichen, fordert die FDP zudem, die laufenden Verhandlungen über den Freihandel zwischen Europa und den USA mit der Vereinbarung eines Datenschutzabkommens zu verbinden.

Neben diesen Vorrichtungen zur Verbesserung des Datenschutzes vor außereuropäischen Eingriffen steht die FDP jedoch auch für die **Verbesserung des europäischen Datenschutzes**. Selbst wenn der Blick derzeit vor allem auf die amerikanischen Ausspähaktivitäten gerichtet ist, müssen wir nicht minder auf die Dienste unserer europäischen Partner schauen. Wir erwarten hier ein starkes Auftreten der EU-Kommission gegenüber Mitgliedstaaten wie Großbritannien, die andere Staaten und deren Bürgerinnen und Bürger ausspähen. Wir fordern mindestens ein europäisches Anti-Spy-Abkommen auf Ebene der europäischen Verträge und eine völlige Aufklärung über die bisherigen Aktivitäten, notfalls auch in einem

# Fact-Sheet: Datenschutz und Bürgerrechte



Vertragsverletzungsverfahren. Dem steht ein stärkeres Zusammenarbeiten der europäischen Nachrichtendienste nicht entgegen.

**Darüber hinaus muss das europäische Datenschutzrecht aktualisiert werden.** Die aktuell geltende Datenschutzgesetzgebung ist knapp zwanzig Jahre alt und stammt aus einer Zeit, als es weder Onlineshopping noch Facebook gab und Flugtickets noch nicht online gebucht wurden.

Verbraucher haben sich mittlerweile an die Vorteile der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien gewöhnt. Personenbezogene Daten sind in der Folge zu einer „Währung“ für alltägliche Dienstleistungen geworden. Im Rahmen von „Internet der Dinge“ und „Big Data“ werden immer intelligenter Systeme wie Erkennungssysteme, eCall, e-Sprechstunden etc. entwickelt. Als Liberale sehen wir die Chancen, betonen aber explizit die Notwendigkeit und die Voraussetzung eines guten Datenschutzes für den Erfolg der digitalen Entwicklung.

Die Liberalen im Europäischen Parlament haben sich massiv in die Entwicklung der neuen europäischen Datenschutzverordnung eingebracht. Zentrale Punkte waren der restriktive und transparente Umgang mit Daten. Nun muss darauf geachtet werden, dass die Verordnung in den Mitgliedsstaaten ratifiziert und umgesetzt wird.

## **Bürgerrechte**

Kaum ein Thema bewegt die deutsche Innenpolitik derart wie die verdachtslose **Vorratsdatenspeicherung.** Dabei sollten Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger für einen Zeitraum von sechs Monaten zur Ermittlung von Straftaten gespeichert werden. Dieses Vorhaben hatte zunächst die ehemalige Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger auf nationaler Ebene verhindert. Am 08.04.2014 scheiterte das Gesetz dann an einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs.

Wir Liberale wehren uns aus zwei Gründen gegen die verdachtslose Vorratsdatenspeicherung. Zum einen werden Daten von Menschen ohne Anlass gespeichert, ausgewertet und genutzt. Wo Menschen Daten gebrauchen, ist jedoch Missbrauch von Daten nicht auszuschließen. Menschen handeln allzu oft menschlich. Zum anderen heiligt für Liberale der Zweck nicht die Mittel. Das Ziel, die Bevölkerung vor Terroranschlägen zu bewahren, ist ein wichtiges. Aber auch hier müssen die rechtsstaatlichen Regeln eingehalten werden.

Die FDP setzt sich daher für das „Quick-Freeze-Verfahren“ ein. Hierbei werden bei ausreichendem Verdacht und nach richterlicher Anordnung die Daten einer Person „eingefroren“, so dass diese den Behörden für Ermittlungen zur Verfügung stehen.